

KOMMENTAR

Neutralität und Demokratie

Thomas Scholz,

stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Wo soll das noch hinführen, wird sich der eine oder andere fragen. Deutschland Trend, Politbarometer, Thüringen-Monitor: überall Zahlen und Werte, die aufhorchen lassen, politische Themen, die für Gespräche sorgen. Die gewonnene Landratswahl in Sonneberg durch einen AfD-Kandidaten sei hier nur beispielhaft genannt. Die Trends für die etablierten Parteien (Was würden Sie wählen, wenn kommenden Sonntag Landtagswahlen wären?) sind das eine, die Frage, wie sich dies auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr auswirken, das andere. Wie sieht es dann mit der Bildung einer arbeitsfähigen Regierung aus? Klare Verhältnisse oder wieder Minderheitsregierung?

Sind dies auch Themen für uns als Gewerkschaft der Polizei? Müssen wir uns damit auseinandersetzen oder uns sogar positionieren? Wie verhält es sich mit der Neutralität für uns als Beamte? Ganz klar für mich ist, hier müssen wir mitreden. Hier sind auch wir in der politischen Diskussion gefragt. Als Polizeibeamte müssen wir im Rahmen unserer Dienstverrichtung politische Neutralität wahren. Wir sind an Recht

und Gesetz gebunden und dürfen diese nicht auslegen, wie wir es wollen, auch wenn manchmal der Eindruck geweckt wird, dass politische Entscheider uns hier ins Handwerk pfuschen wollen. Politische Neutralität als Polizeibeamte? Ganz klar – JA!

Aber als Gewerkschafter kann man eben nicht nur neutral danebenstehen. Hier muss man sich entscheiden und auch dafür einstehen. Gewerkschaftliche Arbeit ist mehr als nur der Tarifkampf. Gewerkschaftliches Handeln ist eben das Mitreden und Mitgestalten bei vielen gesellschaftlichen Themen. Vor einigen Monaten hatte ich geschrieben, dass wir als GdP Thüringen im politischen Raum wieder wahrgenommen werden, dass man wieder mehr mit uns spricht, auf unsere Expertise zählt. Wir haben es begrüßt, dass es für uns wichtige Themen in die politische Debatte schaffen. Uns ist es wichtig, dass man diskutiert und nicht diktiert. Wir wollen beteiligt werden. Manchmal ist man nicht gleicher Meinung, aber nur durch Gespräche kommt man zu Kompromissen. Und in diesen Fällen ist es notwendig, dass man sich positioniert, für seine Interessen eintritt. Eine Neutralität wäre an dieser Stelle unpassend und sogar schädlich. Wir müssen weiter nachfragen, öfter auch mal mit einem nervigen „Warum“ nachhaken. Kinder stellen dieses „Warum“ so oft sie der Meinung sind und es vonnöten ist. Erst wenn das letzte „Warum“ für sie verständlich erklärt wurde, ist diese Frage nicht mehr offen. Deshalb sind Nachfragen wichtig. Wir wollen erreichen, dass unsere Themen so ankommen, wie wir es auch wollen, dass die besprochenen Themen in eine richtige Richtung bei der Erörterung gehen. Wir wollen etwas erreichen, wir wollen Ergebnisse für unsere Mitglieder. Nicht nur bequem und schnell, nein, bei Bedarf auch länger und nerviger.

Gewerkschaften gehören zur Demokratie und sind wichtig. Auch wenn in den oben genannten Umfragen unter anderem

auch immer eine Demokratiemüdigkeit angeprangert wird, ist es umso wichtiger, hier zu agieren. Als Gewerkschaft haben wir das Ohr an der Masse unserer Beschäftigten und können Stimmungs- und Meinungsbilder aufnehmen. Uns geht es nicht darum, eine feste Meinung zu verbreiten. Durch Nachfragen und Gesprächen soll aber klarwerden, warum so und nicht anders gehandelt wurde. Manchmal gelingt es uns, eingefahrene Meinungen aufzuweichen und Scheuklappen abzulegen. Nicht überall eine Meinung, aber gern überall eine eigene Meinung. Dies erfordert aber Respekt und Toleranz gegenüber dem anderen, aber auch klare Grenzen, in denen man sich bewegt. Und hier ist sie wieder, die Frage, ob politische Neutralität als Gewerkschaftler überhaupt machbar ist.

Als Gewerkschaftler sind wir ja nicht nur Polizeibeamte, sondern auch ganz normale Bürger, mit all den größeren und kleineren Problemen und mit den Sorgen und Ängsten im Alltag. Es ist wichtig, die Gewerkschaft als Plattform zu nutzen, um dies anzusprechen. Über die Gewerkschaft können diese Themen in Richtung Politik transportiert werden. Die in diesem Jahr schon des Öfteren erwähnten Vertrauensleute in unseren Reihen spielen hier eine wichtige Rolle. Sie sind die Bindeglieder zwischen der gewerkschaftlichen Basis, den Vorständen und den Akteuren im politischen Raum. Deshalb wieder mein Appell an alle, die noch unschlüssig oder passiv sind: Bringt euch ein, seid ansprechbar. Die gewerkschaftliche Arbeit auf viele Schultern zu verteilen, entlastet den ein oder anderen und stärkt uns als Organisation.

Denn nur gemäß unserem Motto:

Gemeinsam. Miteinander. Füreinander.
können wir viel erreichen.

In diesem Sinne wünsche ich mir einen intensiven Austausch, Impulse zu vielen Themen und immer Gewerkschaftsmitglieder, die sich positionieren! ■



EHRUNGEN

Gewerkschafter seit 75 Jahren

Erfurt (TM) Am 7. Juni 2023 hatten die Kollegen Yvonne Kratky, Olaf Alperstedt und Thomas Müller die großartige Aufgabe, unser Mitglied Horst Schießl zu ehren. Er ist bereits seit 75 Jahren gewerkschaftlich organisiert. Dies galt es zu würdigen. Im Namen des Landesvorstandes der GdP Thüringen nahmen dies daher die Vorstandsmitglieder der Kreisgruppe Erfurt zum Anlass, sich für seine jahrzehntelange Treue zu bedanken. Bei Kaffee und Kuchen konnten sie den Worten des rüstigen Rentners lauschen.

So berichtete er von seinem Eintritt in den FDGB mit gerade einmal 15 Lebensjahren und aus seinem Berufsleben. Bestaunen konnten die drei noch im aktiven Dienst stehenden Kollegen die Fitness von Horst und seiner Frau Eva, die meinte: „Wir sind immer viel gelaufen.“ Horst ergänzte daraufhin sofort: „Außerdem habe ich einen starken Familienstamm“ und spannte dabei seinen linken Bizeps an. Er räumte aber auch ein, dass er mittlerweile am liebsten zu seiner Garage laufen würde, wobei er selbst schmunzeln musste.

Ihren Lebensabend genießen die beiden mit vielen Reisen nach Italien, Griechenland, meist aber in die Türkei, und dies wollen sie auch beibehalten, „so lange der uns da oben das noch machen lässt“. Geplant ist bereits der nächste Kur-Aufenthalt in Polen. Zum Abschluss bedankte sich Horst dafür, dass man ihn als Kollegen und Mitglied der GdP Thüringen nicht vergisst und ihn regelmäßig, insbesondere an seinen Geburtstagen besucht. ■



Foto: Müller

Eva und Horst Schießl, Olaf Alperstedt und Yvonne Kratky (v. r. n. l.)

Am 29. Oktober ab 11.00 Uhr findet am Mühlberg, bei den Drei Gleichen der **„Legend of Cross“** statt.

Wir laufen die 10 km Strecke!

Startgebühr 59 €

Anmeldeschluss 31. Sep. 2023




Habt ihr Interesse und wollt mit uns als Team die Herausforderung wagen!? Dann meldet euch jetzt bei mir unter folgender E-Mail: s.albrecht@jvatonna.thueringen.de

Lasst uns den Justizvollzug ordentlich präsentieren!



Foto: KC Justiz

DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



GDP INTERN

Extremismus, Rassismus, Verschwörung

Ende März 2023 fand das gewerkschaftliche Seminar „Für Demokratie. Gegen Rechts.“ in Potsdam statt. Organisiert wurde dieses vom Bundesvorstand der GdP mit dem DGB-Bildungswerk. Interessante wie auch gleichermaßen wichtige Themen und eine gute Gelegenheit, mal aus dem Dienstbetrieb auszubrechen. Das dachten sich dann auch die 25 anderen Seminarteilnehmer aus allen Polizeibehörden Deutschlands, die die GdP vereint.

Als Seminarinhalte wurden die drei Themen Rechtsextremismus, (Anti-)Rassismus sowie Verschwörungstheorien behandelt. Allesamt bedeutsame Komplexe, die sich freilich nicht in wenigen Stunden abarbeiten lassen. Dennoch gaben die beiden externen Experten Alexandra und Ulf alles, um möglichst viele Informationen medien-didaktisch kompakt aufzubereiten.

Bemerkenswert waren die Inhalte zu den neuen, rechten Bewegungen und der damit einhergehenden bundesweiten Vernetzung und internationalen Strukturen. Von rechtspolitischen Splittergruppierungen, rechtskonservativen „Influencern“ in den sozialen Medien über die rechtsaktivistische „Identitäre Bewegung“ bis hin zur „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ (parteinahe Stiftung, Gründung durch AfD) und dem „Institut für Staatspolitik“ (Denkfabrik für neurechte Bildungsarbeit, durch Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft) ist es ein breites Spektrum. Hinzu kommen auch ausländische Strömungen wie die „grauen Wölfe“ (Bezeichnung für organisierte, türkische Rechtsextremisten), wobei es sich um die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland handelt.

Für Polizeibeschäftigte aller Organisationsbereiche ist es daher zwingend erforderlich, solche Organisationen identifizieren, deren Symbole erkennen und die dahinterstehenden Absichten einordnen zu können. Sich die Ziele der extremen Rechten vor Augen zu führen, ist unabdingbar. Es empfehlen sich dahingehend regelmäßige Weiterbildungen.

Im Weiteren stand das für Behörden und insbesondere für die Polizei wichtige Thema

(Anti-)Rassismus auf dem Plan. Hier wurden zunächst die Unterschiede zwischen Stereotypen (Verallgemeinerungen, Generalisierungen, die nicht stimmen oder stimmen können), Vorurteilen (Stereotyp und Bewertungen, Urteile, meist negativ behaftet) sowie Diskriminierungen (Handlung auf Grundlage von Vorurteilen, die zu Ungleichbehandlungen, Benachteiligung, Herabwürdigung führen) erklärt, die als Steigerungen zu verstehen sind. Diskriminierung tritt facettenreich auf und kann sich als Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und verschiedenen weiteren Formen äußern.

Diese Denk- und Handlungsweisen finden sich weltweit in praktisch allen Lebenslagen. Oft geschieht so etwas unkontrolliert, unbewusst oder eher unbedacht wie beim Alltagsrassismus. Dieser wirkt auf Betroffene als Mikroaggressionen wie beständige Mückenstiche. Ein „War doch nur Spaß“ hilft dann auch nicht weiter. Entsprechende Verhaltensweisen oder vermeintlich lustige Sprüche lösen bei Betroffenen psychische Belastungen aus. Dies kann sich bis hin zu antizipiertem Stress, also dem ständigen Erwarten von rassistischen Situationen, ohne dass diese tatsächlich eintreten, ausweiten. Für Polizeibeschäftigte gilt dies besonders zu beachten, da sich Personen aus diesem Grund bereits vor einer möglichen Kontrollsituation (beim Erblicken von Polizeibeamt:innen) vermeintlich verdächtig oder auffällig verhalten könnten.

Natürlich finden sich genügend Situationen für klar diskriminierende Fälle. Behörden- und insbesondere Polizeibeschäftigte können aufgrund ihrer Amts- und Machtstellung besonders Verursacher davon sein. Solche Situationen sind strikt abzulehnen und zu vermeiden. Vor allem als Polizeibeamte sind wir per Gesetz und Eid dazu verpflichtet, solche Situationen zu verhindern.

Die Wurzel von Rassismus finden sich in den Eroberungen und Versklavungen weiter Weltteile ab dem 15. Jahrhundert durch europäische Länder und der Entstehung von Rasetheorien ab dem 17. Jahrhundert zu dessen Legitimierung. Dies ist die Entstehung von

Rassismus, der sich bis heute in die Köpfe eingepflanzt hat. Dadurch folgt ein falsches Denken in „wir und die anderen“ (sog. Othering) und eine über Generationen geprägte Sozialisierung im Sinne von „Anderssein“, „Andersaussehen“ und „Normabweichung“ in Abgrenzung zum privilegierten Weißsein als weltweite Norm.

Es ist äußerst wichtig, sich dies bewusst zu machen, um seine eigenen Denkmuster und Handlungen zu überdenken und die eigene Sprache anzupassen. Beispielsweise ist die Verwendung des Wortes Schokokuss/Schaumkuss heutzutage angepasster und nicht verletzend. Die vorher weit verbreitete Variante, die hier nicht nochmals benannt werden soll, ist dagegen bereits seit den 1970er-Jahren aufgrund der rassistischen Konnotation in erheblicher Kritik, demnach völlig veraltet und herabwürdigend gegenüber bestimmten Personengruppen in unserer Gesellschaft.

Als dritte Thematik wurden Verschwörungstheorien und verschiedene erklärende Unterbegriffe besprochen. Was man vielleicht vor einigen Jahren noch nicht unbedingt den beiden oben genannten Themen zugeordnet hätte, ist offensichtlich nun mehr und mehr miteinander verwoben. Unzählige Verschwörungserzählungen sind mittlerweile im Umlauf. Im Seminar zeigte sich, dass die meisten Anwesenden von mindestens einem Fall eines Verschwörungsgläubigen berichten konnten.

Verschwörungserzählungen werden immer schneller zugänglich und sind durch ihre Wandelbarkeit schnell mit jeder Situation und jeder Änderung vermeintlich kompatibel. Die Wahrheit spielt keine oder eine untergeordnete Rolle. Auch eindeutige Widersprüche oder offen rassistische, antisemitische Aussagen werden hingenommen. Es sollen schnell einfache Erklärungen für komplexe, globale Zusammenhänge angeboten werden, die nur die „Erwachten“ erkennen und nicht die „Schlafschafe“. Hierdurch zeigen sich Vertrauensverluste in den Staat und Konflikte mit staatlichen Organisationen, die eine Bedrohung für die Demokratie darstellen können. **C. T.**



Netzwerktag von Bündnis 90/Die Grünen

Foto: Born



PARTEIEN

GdP-Kompetenz in Sachen Justiz

CDU-Forum

Am 7. Juni 2023 nahm der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe (KG) Justiz am Justizforum der CDU im Thüringer Landtag teil. Hierbei wurde die KG Justiz um Expertise für den Thüringer Justizvollzug gebeten. Wir danken der Fraktion für diese Wertschätzung! Das zeigt, dass wir von der Politik gehört, wahr- und ernstgenommen werden. Unsere Meinung als Fachgewerkschaft für den Thüringer Justizvollzug und die Thüringer Justiz ist gefragt! Eine gute „Vorarbeit“ dafür war sicherlich auch unsere am 27. April 2023 durchgeführte Demo vor dem Thüringer Landtag sowie die zahlreichen Gespräche des KG-Vorsitzenden Christian Born und seines Stellvertreters Dirk Trautmann mit den einzelnen Fraktionsvertretern.

Dankend erwähnen wollen wir auch an dieser Stelle unseren GdP-Landesbezirk Thüringen mit ihrem engagierten Vorstand, welcher uns immer tatkräftig mit ihrer Fachkompetenz unterstützt.

Beim Justizforums wurden folgende Themen besprochen:

- Beförderungen
- Schaffung einer höheren Attraktivität des Berufsbildes
- Digitalisierung in der Justiz
- Erhöhung des Eingangsamtes der Justizwachtmeister
- Bedarfsgerechte Ausstattung im Justizvollzug – wie beispielsweise die Erprobung eines Distanzelektroimpulsgerätes (Taser)

Wie bereits bei der Demo und den zahlreichen Gesprächen mit den einzelnen Fraktionsmitgliedern kundgetan wurde, kämpfen wir weiterhin für die zeitgeregelte Beförderung im Justizvollzug, damit kein Kollege mehr mit dem Eingangsammt in Pension gehen muss. Dementsprechend muss auch jeder das Endamt A 9 erreichen können. Dafür ist eine Stellenhebung sowie -mehrung notwendig! Damit wäre der zum Teil „unfaire“ Dienstpostenkatalog hinfällig.

Zur Information für die Kollegen des gehobenen Dienstes, die sich vermutlich fragen,



Justiz-Forum der CDU

weshalb nur für die Kollegen des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes gekämpft wird: Wir haben euch nicht vergessen! Wir arbeiten zuerst an unserer „Basis“, da diese den größten Anteil unseres Personalstamms ausmacht. Ohne einen festen Unterbau kann man nichts Solides aufbauen, was auf Dauer halten soll. Wenn wir unser aktuelles Hauptziel erreicht haben, dann seid ihr definitiv an der Reihe – versprochen!

Die Anhebung des Eingangsamtes der Justizwachtmeister sehen wir als nicht zielführend an. Die Kollegen hätten somit in ihrer gesamten dienstlichen Laufbahn nur noch einmal die Möglichkeit einer Beförderung. Das wäre für die Motivation nicht gerade Erfolg versprechend, wenn man überdenkt, dass einige von ihnen 40 Dienstjahre erreichen werden. Stattdessen fordern wir auch für die Thüringer Justizwachtmeister – analog wie für den Thüringer Justizvollzug – die zeitgeregelte Beförderung!

Ein großes Thema bei dem Justizforum der CDU war die nachlassende Attraktivität des Thüringer Justizvollzuges. Trotz der aktuell 40 Anwärterstellen pro Jahr gibt es bedauerlicherweise Schwierigkeiten, ausreichend geeignete Bewerber zu finden, um diese Stellen besetzen zu können. Das zeigt deutlich, dass das Berufsbild über die Jahre an Attraktivität verloren hat. Diese muss wiederhergestellt werden! Daher fordern wir weiter die zukünftige Zahlung und gegebenenfalls Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages, um weiterhin qualifizierte Bewerber zu finden.

Auch das Thema Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) wurde wieder aufgegriffen. Wir schlagen eine Erprobung eines solchen Gerätes in einer der Thüringer Justizvollzugsanstalten als „Pilotprojekt“ vor, um anschließend über eine Einführung des DEIG im Thüringer Justizvollzug entscheiden zu können. Eventuell können diese Erfahrungen dann auch im Bereich der Thüringer Justiz Niederschlag finden.

Netzwerktag bei Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe (KG) Justiz nahm am 21. Juni 2023 auf Einladung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an deren Netzwerktagung im Thüringer Landtag teil. Es erfolgte ein Bericht zum Thema Opferschutz im Justizalltag, zu dem auch die Thüringer Justizministerin live zugeschaltet wurde.

Vorab gab es ein kurzes Begrüßungsgespräch mit Madeleine Henfling. Lobend wurde dabei die bislang gute Zusammenarbeit der KG Justiz mit Justizministerin Doreen Denstädt und Justizstaatssekretärin Meike Herz erwähnt.

Die KG Justiz versucht, allen Einladungen der Fraktionen zu folgen, damit wir als Justiz- und Justizvollzugsbeamte weiterhin bei allen im Gedächtnis bleiben und so regelmäßig die Forderungen der KG Justiz in Erinnerung rufen können. ■



F3-Tagung
in Meiningen

Foto: Gäbler



POLIZEI INTERN

Führungskräfte-Tagung

Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales lud am 19. April 2023 zu einer weiteren Führungskräfte-Tagung ein. Mit den Führungskräften des höheren Polizeivollzugsdienstes sowie ausgewählten Führungskräften des gehobenen Polizeivollzugsdienstes wurde eine sogenannte F3-Beratung am Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen durchgeführt. GdP-Vorsitzende Mandy Koch war ebenfalls eingeladen.

Für das Thema der Veranstaltung „Führung“ referierten im Tagesverlauf Vertreter der Polizei aus Thüringen und Niedersachsen sowie extern geladene Gäste. Nach Eröffnung der Veranstaltung durch den stellvertretenden Abteilungsleiter Polizei, LtD. PD Michael Menzel, führte Staatssekretär Udo Götze in die Thematik ein. Götze sprach die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen für die Organisation Polizei an und dankte in diesem Zusammenhang allen Bediensteten für ihre geleistete Arbeit.

Der Leiter der polizeilichen Bildungseinrichtungen, LtD. PD Günther Lierhammer, gab den Anwesenden einen Überblick über Aufgaben, Organisation und Personalsituation des Bildungszentrums und der Verwaltungsfachhochschule, Fachbereich Polizei. Er bat im Kontext der aktuell hohen Anwärterzahlen in der Ausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes bei den anwesenden Führungskräften für Unterstützung durch Lehrkräfte/Fachpraktiker. Die öffentlichkeitswirksame Kampagne der Nachwuchsgewinnung mit der Steigerung der Bewerberzahlen müsse in der Ausbildung für die Polizei fortgesetzt werden. Lierhammer nutzt die Gelegenheit, um einen Überblick über bereits erfolgte, in Arbeit befindliche und geplante Baumaßnahmen vorzustellen. Eine Unterbringung von bis zu 300 Auszubildenden soll in dem Neubau, mit dessen Fertigstellung im Frühjahr 2024 zu rechnen ist, möglich sein.

Das Motto „WIR – in der Thüringer Polizei“ steht für den Fachbereich Soziale Kompetenzen des Bildungszentrums im Vordergrund. Er wurde durch Patricia Koch vorgestellt. Nach einer kurzen Erläuterung des

Fachbereiches folgte die Darstellung der vier Säulen Berufsethik, interkulturelle Kompetenz, sozialkommunikative Kompetenz und psychologische Ansätze, auf denen der Fachbereich aufbaut. Der neu geschaffene „Erfahrungsweg“ als berufsethischer Erfahrungsraum wurde thematisiert. Der Erfahrungsweg der Thüringer Polizei soll in der Aus- und Fortbildung als Reflexionsbühne für die besonderen Herausforderungen des Polizeialltags dienen.

Von der Polizeiakademie Niedersachsen stellten Carsten Rose und Dr. Dirk Götting das Projekt „Demokratiepaten“ in Kooperation mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ vor. Kolleginnen und Kollegen, welche sich aus eigenem Antrieb für ein freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis einsetzen, organisieren als Vermittler regionale Aktivitäten wie Beratungen und themenbezogene Kommunikation mit zivilen Gruppen außerhalb der Polizei. Ziel ist, die Polizei als Vertrauensinstanz und als demokratiefeste Organisation in der Bevölkerung sichtbar zu machen und die Rolle der Polizei im gesellschaftlichen Kontext zu verdeutlichen. Das in Niedersachsen entwickelte Konzept soll unter Berücksichtigung der Thüringer Besonderheiten auch im Freistaat etabliert und mit eigenen Ideen vorangetrieben werden. Dieses bedarf einer hohen Akzeptanz vor allem bei den Führungskräften.

Aufgrund der aktuellen Geschehnisse gab Juliane Weiland, leitende Oberärztin vom Ökumenischen Hainich Klinikum Mühlhausen Einblicke in das Thema Suizidalität und Suizidprävention. Weiland stellte zu Beginn ihres Vortrages die Epidemiologie von Suizidalität dar und unterstrich, dass mit fast 10.000 Suiziden jährlich in Deutschland, meist aufgrund psychischer Erkrankungen, der Prävention eine mehr als bedeutende Rolle zukommt. Symptome und Gründe für Depressionen und gleichartige Erkrankungen seien hier sehr vielfältig. Anschließend berichtet PK Sven Finster von der PI Kyffhäuser zu seinen persönlichen Erfahrungen. Er versuchte, sich den Antworten auf Fragen wie „Was kann ich

tun?“, „Was kann ich als Kollege, Vorgesetzter, Freund, Angehöriger machen?“, „Wie kann ich Personen in meinem Umfeld helfen, wenn ich merke, dass etwas nicht stimmt?“, „Wie gehe ich mit meiner Kollegin oder meinem Kollegen um, die einen Verlust durchstehen mussten?“ zu nähern. Sven Finster veranschaulichte an einem sehr tragischen und zugleich persönlichen Beispiel die Phasen der Suizidalität und verknüpfte die zuvor getätigten theoretischen Darlegungen von Juliane Weiland mit wichtigen Hilfestellungen für den Umgang mit depressiv erkrankten Mitarbeitern, Angehörigen, Freunden.

Anne Ptak vom Polizeipsychologischen Dienst (PPD) stellte die Unterstützungsangebote des Bereiches vor. Hierzu zählen Fachberatung von Führungskräften zu psychologischen und psychosozialen Fragestellungen, Schulungsangebote zu psychologischen und psychosozialen Themen, die Nachsorge nach belastenden Einsätzen und Ereignissen, Möglichkeiten der Weitervermittlung an externe Hilfsnetzwerke sowie die Angebote der psychologischen und psychosozialen Beratung. Per Videoschleife hob Abteilungsleiter Frank-Michael Schwarz die besondere Bedeutung dieses Themenfeldes hervor und dankte den Referenten für ihre Ausführungen.

Mit einem Vortrag zum Thema „Führung“ in der Thüringer Polizei gab Jürgen Loyer den Führungskräften einen Überblick über aktuelle Themenschwerpunkte in der Arbeitsgemeinschaft „Führung“ des Bundes und der Länder. Weitere Inhalte seiner Präsentation waren die aktuell deutlich wahrnehmbaren gesellschaftlichen Veränderungen, deren Auswirkungen und notwendige Schlussfolgerungen. Dabei waren Begriffe wie Vertrauenskultur, Fehlerkultur oder einfach nur die Frage, was wir unter guter Führung verstehen, von elementarer Bedeutung. Abschließend bettete Loyer das Handlungsfeld Führung in den derzeitigen Strategieprozess der Thüringer Polizei ein und beschrieb themenspezifische Maßnahmen, die bereits initiiert sind bzw. kurz vor der Umsetzung stehen. ■



STRASSENVERKEHR

Mehr Unfälle, weniger Tote

Die Verkehrsunfallstatistik 2022 wurde vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales veröffentlicht. Die Thüringer Polizei hatte 49.324 Verkehrsunfälle registriert. Das sind 1.610 Unfälle und damit 3,4 % mehr als 2021. Der Anstieg der Unfallereignisse zum Vorjahr spiegelt sich in fast allen Beteiligungsarten wider. Nur bei den Autobahnen im Freistaat Thüringen ist ein Rückgang der Gesamtunfallzahlen zu sehen.

Auf den Thüringer Straßen wurde 85 Personen tödlich verletzt, zwei Menschen weniger als im Jahr 2021. Dagegen stieg die Anzahl der Schwerverletzten um 8,3 % und die der Leichtverletzten um 14 % zum Jahr 2021.

Durch das geringere Verkehrsaufkommen während der Coronapandemie sind diese Zahlen allerdings nur schwer mit denen von 2020/2021 vergleichbar. Schaut man auf das Vor-Corona-Jahr 2019 mit 55.790 Unfällen, dann ist die Anzahl der Verkehrsunfälle 2022 um 11,6 % gesunken. Die Zahl der tödlich Verunglückten liegt 2022 mit 85 Personen auf dem zweitniedrigsten Stand seit 32 Jahren. Niedriger war sie nur im Coronajahr 2020 mit 83 Personen.

Laut Bilanz des Innenministeriums erfasste die Polizei weniger Verkehrsunfälle

"Schadensuhr" 2022 im Freistaat Thüringen			
alle	11	Minuten	nahm die Polizei einen Verkehrsunfall auf
alle	45	Minuten	beging ein Verkehrsteilnehmer Fahrerflucht
alle	73	Minuten	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer
alle	123	Minuten	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer innerorts
alle	4	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer außerorts (ohne Autobahn)
alle	7	Stunden	verunglückte ein Radfahrer
alle	7	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer im Alter ab 65 Jahre
alle	9	Stunden	verunglückte ein Jugendlicher im Alter von 18 bis unter 25 Jahre
alle	13	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer auf der Autobahn
alle	16	Stunden	verunglückte ein Kind im Alter bis unter 15 Jahre
alle	21	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer bei einem Alkoholunfall
alle	103	Stunden	wurde ein Mensch im Straßenverkehr getötet

Fotos: TMK

le auf Thüringer Autobahnen insgesamt (2019: 3.711/2022: 3.324). Zudem gab es weniger Verkehrsunfälle mit Personenschaden (2019: 5.831/2022: 5.573). Auch die Schutwegunfälle und dabei die Verletzten (2019: 74/61/2022: 41/37) sanken.

Es gab weniger tödlich Verunglückte bei Verkehrsunfällen mit Beteiligung von motorisierten Zweirädern (2019: 19/2022: 11) und weniger Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Güterkraftfahrzeugen (2019: 9.022/2022: 8.852). Demgegenüber stehen mehr Verkehrsunfälle unter Alkoholeinwirkung zu

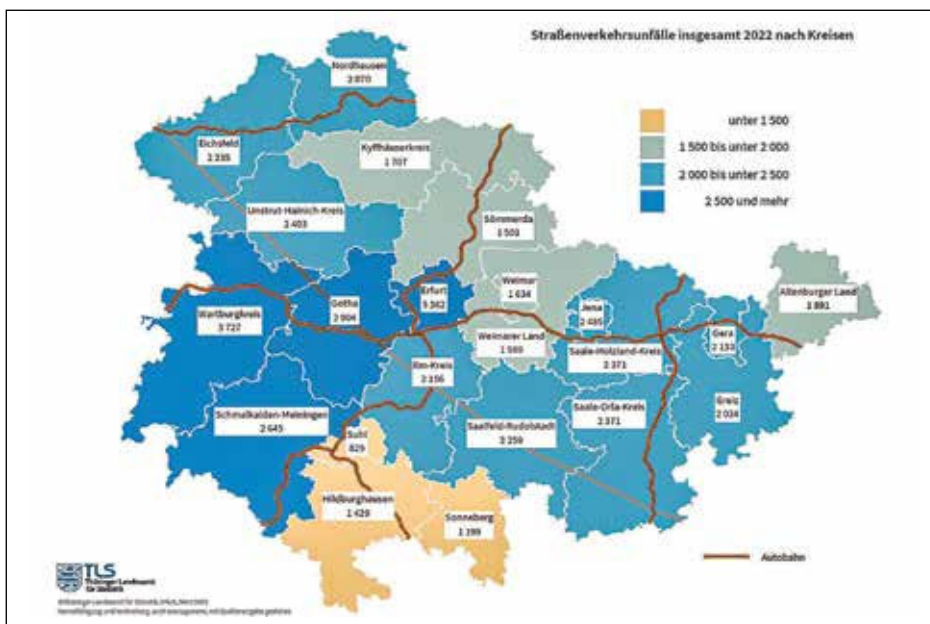
den Vorjahren (2019: 826/2022: 872) sowie mehr durch Fahrradfahrende verursachte Verkehrsunfälle (2019: 966/2022: 1.020).

Im Vergleich zum Vorjahr ist auch die Zahl der tödlich Verunglückten bei Verkehrsunfällen mit Pkw sehr deutlich um 32 % (in absoluten Zahlen von 50 auf 66) gestiegen, sodass hier leider fast wieder der Wert von 2019 (72) erreicht wurde.

Die Hauptunfallursachen haben sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Hauptunfallursache Nr. 1 bleibt überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit mit einem Anteil von 33,4 % (35,7 %).

Es folgen als weitere Hauptunfallursachen Nichtbeachtung der Vorfahrt/des Vorrangs mit einem Anteil von 21,2 % (21,9 %), fehlerhaftes Abbiegen/Wenden mit einem Anteil von 15,9 % (14,3 %), Unterschreiten des Sicherheitsabstandes mit einem Anteil von 13,7 % (13,8 %) und Fahren unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 13,4 % (12,8 %).

Die vollständige Pressemappe ist unter https://innen.thueringen.de/fileadmin/innenministerium/Pressemitteilungen/Medien_fuer_PM_2023/19_2023_verkehrsunfallstatistik_pressehandreichung.pdf zu finden. ■





SENIORENJOURNAL

„Christoph 70“ besucht

Jeder hat ihn schon einmal am Himmel entlang fliegen sehen, den fliegenden „gelben Engel“, den Hubschrauber der Luftrettung des ADAC. Dabei stellte man sich bestimmt oft die Frage, welchen Einsatz er gerade fliegen mag. Für die Senioren der Kreisgruppe Jena war dies Anlass, am 28. Juni 2023 dem ADAC-Luftrettungsstützpunkt „Christoph 70“ auf dem Flugplatz Schöngleina einen informatorischen Besuch abzustatten.

Dem „Gesetz der Boshaftigkeit“ folgend befand sich der Rettungshubschrauber gerade im Einsatz, als die Seniorengruppe zum geplanten Termin eintraf. So gingen die Teilnehmer zum Plan B über und statteten zwischenzeitlich der Flugleitzentrale des Flugplatzes einen Besuch ab. Durch den verantwortlichen Flugleiter Matthias Höfer wurde dargelegt, dass der Flugplatz Schöngleina in den frühen Jahren der damaligen DDR als Flugsportzentrum der ehemaligen GST gegründet wurde und zunächst nur eine Graspiste hatte.

In den 1980er-Jahren wurde das ehemalige Kombinat Carl Zeiss Jena Miteigentümer des Flugplatzes und es erfolgte der asphaltierte Ausbau der Landebahn, welche bis zum heutigen Zeitpunkt stetig bis auf die endgültige Länge von 1170 m erweitert wurde. Nach der Wende wurde der Flugplatz Schöngleina nach und nach zum Verkehrs-



Der Pilot (2. v. r.) erläutert seine Maschine.

landeplatz ausgebaut, auf welchen jetzt jährlich ca. 15.000 Flugbewegungen erfolgen. Jetzt gehört der Verkehrslandeplatz Schöngleina einer Flugverkehrs GmbH, welche zu je 50 % durch die Stadt Jena und den Saale-Holzland-Kreis getragen wird.

Zwischenzeitlich kehrte auch „Christoph 70“ zurück und die Seniorengruppe wurde vom diensthabenden Piloten und einem Rettungssanitäter empfangen. Die Besatzung

besteht aus dem Piloten, einem Rettungssanitäter und einem Notarzt, welcher vom Universitätsklinikum Jena gestellt wird.

Der ADAC-Luftrettungsstützpunkt besteht seit 2004, von 1990–2004 wurde die Luftrettung durch die Bundeswehr übernommen. Jährlich werden ca. 1.200 Einsätze absolviert, wobei die Besatzung von der Alarmierung bis zum Abheben in die Luft lediglich eineinhalb Minuten benötigt und mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 200–220 km/h zum Einsatzort fliegt.

Zwischen den Senioren der Kreisgruppe, dem Piloten und dem Rettungssanitäter entwickelten sich dann interessante Gespräche rund um die Luftrettung, wobei auch Einblick in die medizinische Innenausrüstung des Rettungshubschraubers gewährt wurde.

Der Besuchstag wurde dann noch mit der Besteigung des Towers abgerundet, von wo sich ein toller Panoramablick über Teile des Saale-Holzland-Kreises und das Flugplatzgelände bot. Der zu diesem Zeitpunkt erfolgte Start eines Kleinflugzeuges war der Höhepunkt der Tower-Besichtigung. So ging wieder einmal eine gelungene Veranstaltung der Seniorengruppe Jena zu Ende.

Michael Elle



Der Flugplatz vom Tower aus gesehen



Externe Dienstleister der Polizei Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt folgt in der Vergabe von Fremddienstleistungen strikten Regelungen der sparsamen Haushaltsführung unter Beachtung klarer Vorgaben zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption. Hierfür hat das Land für die gesamte Verwaltung eine entsprechende Verwaltungsvorschrift erlassen, um jegliche Korruption vorzubeugen. Mehrstufige, mitunter sehr langwährende, Verfahren bei Ausschreibungen sind die Folge, nicht zuletzt, weil größere Auftragsvolumen europaweit auszuschreiben sind.

Zentrale Beschaffungsstelle PI Zentrale Dienste

Seit 2019 wurde im Rahmen der Polizeistrukturenreform eine zentrale Beschaffungsstelle in der neu eingerichteten Polizeidirektion Zentrale Dienste geschaffen. Die Aufgaben dieser Beschaffungsstelle ist u. a. die Aufstellung von Haushaltsplänen für die Landespolizei, die zentrale Beschaffung für die Behörden und die Einrichtung sowie die Erstellung von Rahmenverträgen genauso wie die Markterkundung. Der Bereich der Beschaffung ist zugleich für die Überwachung der Leistungserbringung und ggf. für die Bearbeitung und der Schaffung von Abhilfe bei Leistungsstörungen verantwortlich. Der Haushaltsplan für die Landespolizei findet im Landeshaushalt unter der 0320 seinen Eingang. Grundlage für die Erstellung der jeweiligen Haushalte sind jährliche Abfragen der Behörden und Einrichtungen, die nach klar definierten Beschaffungskatalogen erstellt werden.

Enorm gestiegene Beschaffungspreise

Leider schlägt sich der ständig „klamme“ Geldbeutel des Landes auch deutlich bei der Beschaffung in der Landespolizei nieder. Auch wenn der Vergleich der Ausgaben von 2019 mit 634.656.100€ zu den avisierten Ausgaben 2023 mit 732.023.700€ deutlich höher ausfällt, muss hinreichend betont werden, dass insbesondere in Zeiten massiv gestiegener Kosten bei Beschaffungen und Bewirtschaftung viele dringend notwendige Beschaffungen nicht umgesetzt werden können. Zudem muss klarwerden,

dass das Innenministerium mit der angegliederten Landespolizei ein Ressort ist, welches in der Personalzahl richter- und wichtiger Weise aufwächst. Damit entstehen nicht nur im Personalkostenbereich, sondern eben auch in der Beschaffung deutlich erhöhte und zwingende Bedürfnisse. Insbesondere in der Beschaffung von FEM, Einsatzfahrzeuge, Bekleidung genauso wie in dem dringend notwendigen Ausbau der EDV, respektive der Beschaffung von Hard- und Software ist in der Landespolizei ein enormer Investitionsstau entstanden. Besondere pandemiebedingte Erschwernisse in den vergangenen Jahren verstärkten den Investitionsstau zusätzlich, wenngleich das Corona-Sondervermögen bei der Beschaffung von Sonderbedarfen wie FFP2-Masken und Tests zur Verfügung stand. Erfreulich kann da lediglich die Beschaffung von mobilen Endgeräten für die Homeoffice-Tätigkeiten hervorgehoben werden, die bedingt durch Corona zwingend notwendig waren.

Baumaßnahmen in der Landespolizei

In dem Bereich der Baumaßnahmen gibt es in der Landespolizei bisher nur zaghafte Bewegungen. Grundsätzlich ist das Bau- und Liegenschaftsamt (kurz BLSA) für Baumaßnahmen und Bewirtschaftung der Einrichtungen zuständig, wobei sich deren Verantwortung nach den häushälterischen Vorschriften der LHO richtet. Um mit dem Erfreulichen anzufangen, die Fachhochschule Polizei hat zwischenzeitlich einen modernen Campus mit modernen Ausbildungseinrichtungen. Auch

wenn wegen der hohen Einstellungszahlen externe Raumkapazitäten genutzt werden, sind wir hier gut im Rennen. Anders sieht es aus, wenn die Absolventinnen und Absolventen dann in die Behörden und deren Dienststellen kommen. Hier sind in vielen Einrichtungen teils gravierende Baumängel und Instandhaltungsrückstaus zu verzeichnen. Eine Großbaustelle ist seit Jahren und bleibt es weiterhin die PI Magdeburg. Andere Dienststellen, wie beispielsweise das Revier Weißenfels und Burg (die Aufzählung kann hier durchaus fortgeführt werden) haben nach wie vor desastriöse Arbeitsbedingungen. Das wird sich auch dann nicht ändern, wenn nach dem „Tropfenprinzip“ nur Schönheits- und Erhaltungsreparaturen vonstattengehen. Mit dem Koalitionsvertrag wurde darüber beschlossen, dass das BLSA „marktübliche“ Mieten erhebt, womit bereits jetzt der Mietzins für polizeiliche Liegenschaften, welche dem BLSA zu entrichten sind von 2019 16.386.600 € auf 2023 18.361.300 € gestiegen sind. Eine zusätzliche Belastung im Haushalt der Polizei.

Koalitionsvertrag - Projekt- und Planungsgesellschaft

Ein kleiner Lichtblick bleibt. Um größere Baumaßnahmen zu realisieren, wurde nunmehr über das Finanzministerium eine Projekt- und Planungsgesellschaft (IPS) gegründet, die es ermöglichen soll, größere und priorisierte Bauprojekte mittelbar zu finanzieren und gleichsam die Planung und Durchführung der Bauvorhaben auch eigenständig zu realisieren. So soll es beispielweise bei Vorhaben wie der Schaffung eines neuen Landeskriminalamtes, welches mit gesundheitsbelastenden KMF-Baumaterialien belastet ist und zudem zwingend eine neue IT-Infrastruktur benötigt, möglich werden, ein Neubau mit einem Investitionsvolumen von 300 Mio. € zu beschleunigen. ■

Neben dem Neu- und Umbau der PI Magdeburg, stellt der Neubau des Landeskriminalamtes das größte Bauprojekt für die Polizei in Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre dar.



Magdeburger Volksstimme